



Verwaltungsrat

317. Tagung, Genf, 6.-28. März 2013

GB.317/WP/SDG/2

Sektion auf hoher Ebene

Arbeitsgruppe für die soziale Dimension der Globalisierung

HL

Datum: 19. Februar 2013

Original: Englisch

ZWEITER PUNKT DER TAGESORDNUNG

Bekämpfung der globalen Wirtschafts- und Beschäftigungskrise

Zweck der Vorlage

Die Vorlage gibt einen Überblick über die neuesten Prognosen, untersucht insbesondere die Aussichten der Schwellen- und Entwicklungsländer, verweist auf die Herausforderungen und Chancen, die sich durch die wirtschaftliche Interdependenz für die Koordination von Grundsatzpolitik ergeben, und schließt mit einer Diskussion der Rolle, die die Beschäftigungs- und Sozialpolitik übernehmen könnte, um der globalen Konjunkturverlangsamung und anhaltenden Arbeitslosigkeit entgegenzuwirken. Die Arbeitsgruppe ist gehalten, die gegenwärtigen globalen wirtschafts- und beschäftigungspolitischen Aussichten und den Beitrag zu untersuchen, den die Beschäftigungs- und Sozialpolitik 2013 zu koordinierten Bemühungen für eine Belebung der Konjunktur leisten könnte.

Einschlägiges strategisches Ziel: Alle.

Grundsatzpolitische Konsequenzen: Zur Stärkung und Aktualisierung der Weiterverfolgung des Globalen Beschäftigungspakts beizutragen.

Rechtliche Konsequenzen: Keine.

Finanzielle Konsequenzen: Keine.

Erforderliche Folgemaßnahmen: Die Diskussion wird für die Bemühungen des Amtes und der Mitgliedsgruppen um die Förderung einer beschäftigungsintensiven Erholung eine Informationsgrundlage liefern.

Verfasser: Hauptabteilung Integration von Grundsatzpolitik (INTEGRATION).

Verwandte Dokumente: Keine.

Zusammenfassung

Eine Reihe wirtschaftlicher Prognosen geht für 2013 von weiterhin schwachem globalem Wachstum und zunehmender Arbeitslosigkeit aus. Die Verringerung von Armut hat sich verlangsamt. Das Lohnwachstum und der Anteile der Löhne am Einkommen sind gefallen, während sich die Einkommensungleichheit vergrößert hat. Das langsame oder negative Wachstum in Ländern mit hohem Einkommen hat sich nachteilig auf Schwellen- und Entwicklungsländer ausgewirkt. Die wirtschaftlichen Umstände von Ländern sind zwar unterschiedlich, alle stehen jedoch vor großen Herausforderungen bei der Schaffung von Arbeitsplätzen. Der politische Stillstand bei der Behandlung der Frage, wie mit der globalen Wirtschafts- und Beschäftigungssituation umzugehen ist, besteht fort. Diese Vorlage gibt einen Überblick über die Schwierigkeiten bei einer stärkeren internationalen Koordination für Wachstum und Beschäftigung, und legt nahe, dass eine Fokussierung auf die Umkehr negativer Rückkoppelungseffekte von Arbeitsmärkten zu verbesserten Erholungsaussichten beitragen könnte. Die Vorlage schließt mit der Feststellung, dass sich Entwicklungs- und Industrieländer an den von der IAO herausgestellten Politikprioritäten orientieren können, um 2013 koordinierte Bemühungen für eine Belebung der Konjunktur zu unterstützen. Als Grundlage für eine weitere Diskussion der Arbeitsgruppe gibt sie einen Überblick über die Maßnahmen, die die IAO getroffen hat, um den vom Verwaltungsrat im November 2012 getroffenen Beschluss durchzuführen, und sie schlägt eine Reihe möglicher Maßnahmen vor, die die IAO jetzt umsetzen könnte.

I. Aktuelle Aussichten im Bereich der Wirtschaft und Beschäftigung

1. Seit November 2012, als sich der Verwaltungsrat mit den Konsequenzen der globalen wirtschaftlichen Aussichten für die Agenda für menschenwürdige Arbeit befasst hat,¹ hat sich die Konjunkturverlangsamung in entwickelten Ländern verfestigt. Sie betrifft jetzt auch die Schwellen- und Entwicklungsländer, wobei für Ende 2013 und 2014 von einem leichten Aufschwung ausgegangen wird (siehe das folgende Schaubild). Die Industrieländer werden voraussichtlich weiterhin unterdurchschnittliches Wachstum aufweisen, und die Eurozone wird sich das zweite Jahr in Folge in einer Rezession befinden. Entwicklungs- und Schwellenländer wachsen zwar langsamer als 2011, aber immer noch viermal so schnell wie die entwickelte Welt. China und die Länder des Verbandes südostasiatischer Nationen (ASEAN) sind zwar die stärkste Ländergruppe, Afrika befindet sich jedoch auch in einer robusten Verfassung. Brasilien und Indien wiesen 2012 eine leicht schwächere Wirtschaft auf, sollten jedoch 2013 wieder erstarken.
2. In der Eurozone gilt die Hauptsorge zwar weiterhin den Finanzproblemen, es wurden jedoch schon Fortschritte erzielt. In den Vereinigten Staaten ist die Haushaltssituation weiter ungelöst, und es besteht die Gefahr, dass eine vorzeitige Kreditverknappung zu einem neuen Einbruch führen könnte. In Entwicklungsländern hat sich das Wachstum hingegen fortgesetzt, und in einigen besteht die Möglichkeit weiterer Impulse für Wachstum, Beschäftigung und Einkommen. Die Rohstoffpreise werden voraussichtlich fallen, was die Widerstandskraft der rohstoffexportierenden Länder auf die Probe stellen wird.

¹ GB.316/WP/SDG/1 und GB.316/INS/13.

Überblick des *World Economic Outlook* (jährliche Veränderung in Prozent)

	Prognosen				Differenz Prog. Oktober 2012		Differenz Prog. Januar 2012
	2011	2012	2013	2014	2013	2014	2013
Weltwirtschaftsleistung	3,9	3,2	3,5	4,1	-0,1	-0,1	-0,4
Industrieländer	1,6	1,3	1,4	2,2	-0,2	-0,1	-0,5
Schwellen- und Entwicklungsländer	6,3	5,1	5,5	5,9	-0,1	-0,0	-0,4
Ausgewählte Länder/Regionen							
Vereinigte Staaten	1,8	2,3	2,0	3,0	-0,1	0,1	-0,2
Japan	-0,6	2,0	1,2	0,7	0,0	-0,4	-0,4
Europäische Union	1,6	-0,2	0,2	1,4	-0,3	-0,2	-1,0
Eurozone	1,4	-0,4	-0,2	1,0	-0,3	-0,1	-1,0
Entwicklungsländer Asien	8,0	6,6	7,1	7,5	-0,1	0,0	-0,7
China	9,3	7,8	8,2	8,5	0,0	0,0	-0,6
Indien	7,9	4,5	5,9	6,4	-0,1	0,0	-1,4
ASEAN 5 *	4,5	5,7	5,5	5,7	-0,2	0,0	-0,1
Lateinamerika und die Karibik	4,5	3,0	3,6	3,9	-0,3	-0,1	-0,3
Brasilien	2,7	1,0	3,5	4,0	-0,4	-0,2	-0,5
Mexiko	3,9	3,8	3,5	3,5	0,0	0,0	0,0
Zentral- und Osteuropa	5,3	1,8	2,4	3,1	-0,1	0,0	0,0
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten	4,9	3,6	3,8	4,1	-0,3	-0,1	0,0
Naher Osten und Nordafrika	3,5	5,2	3,4	3,8	-0,2	0,0	-0,2
Afrika südlich der Sahara	5,3	4,8	5,8	5,7	0,0	0,1	0,5
Welthandelsvolumen (Waren und Dienstleistungen)	5,9	2,8	3,2	5,5	-0,7	-0,3	-1,6

* Indonesien, Malaysia, Philippinen, Thailand und Vietnam.

Quelle: Internationaler Währungsfonds (IWF) *World Economic Outlook Update*, Januar 2013.

3. Die IAO schätzt, dass sich die Zahl der Arbeitslosen 2012 auf insgesamt 197 Millionen belief, etwa 28 Millionen mehr wie zu Beginn der globalen Finanzkrise. Außerdem sind etwa 39 Millionen Frauen und Männer aus dem Arbeitsmarkt ausgeschieden. Durch schwaches Wachstum könnte die Zahl der Arbeitslosen 2013 um weitere 5 und 2014 um weitere 3 Millionen ansteigen.² Die Rückkoppelungseffekte der schwachen Beschäftigung auf die Gesamtnachfrage könnten das zukünftige Wachstum noch weiter unterminieren.
4. Junge Frauen und Männer sind weiterhin am stärksten von der Krise betroffen. Gegenwärtig sind weltweit etwa 74 Millionen junge Menschen arbeitslos, durch die konjunkturelle Verlangsamung werden vermutlich bis 2014 eine weitere halbe Million arbeitslos werden. Die Jugendarbeitslosigkeit beläuft sich in Spanien und Griechenland auf über 50 Prozent und sie ist auch in einer Reihe von Entwicklungsländern wie Indonesien, Saudi-

² IAA: *Global Employment Trends 2013: Recovering from a second jobs dip*, Genf, 2013.

Arabien und Südafrika und in Nordafrika sehr hoch.³ Viele junge Menschen sind auch von Langzeitarbeitslosigkeit betroffen. In Industrieländern sind etwa 35 Prozent aller jungen Arbeitslosen seit über sechs Monaten oder länger arbeitslos, was gegenüber 2007 einem Anstieg um 28,5 Prozent entspricht.

5. Trotz der Krise ist die Quote der Erwerbsarmut seit 2008 weiter zurückgegangen, wenngleich auch langsamer als zuvor. Gegenwärtig leben etwa 400 Millionen Arbeitnehmer mit weniger als 1,25 US-Dollar am Tag in extremer Armut ohne die Möglichkeit, sich selbst und ihre Familien regelmäßig und ausreichend zu ernähren. Weitere 470 Millionen Arbeitnehmer müssen mit ihren Familien mit weniger als 2 US-Dollar pro Tag und pro Person auskommen und sind nicht in der Lage, regelmäßig ihre Grundbedürfnisse zu erfüllen. Länder mit einer hohen Quote von Erwerbsarmut wachsen schneller als der globale Durchschnitt, was dazu führen sollte, dass die Erwerbsarmut weiter abnimmt. Da die Bevölkerung vieler dieser Länder jedoch auch rasch wächst, wird damit gerechnet, dass die absolute Zahl der erwerbstätigen Armen weiter zunimmt.
6. Global liegt das durchschnittliche reale Lohnwachstum weiterhin unter dem Niveau vor der Krise. Monatliche inflationsbereinigte Durchschnittslöhne wuchsen 2011 global um 1,2 Prozent gegenüber 2,1 Prozent 2010 und 3 Prozent 2007. Im letzten Jahrzehnt haben sich die Löhne in China verdreifacht. China ausgenommen wuchsen die realen globalen Durchschnittslöhne 2011 lediglich um 0,2 Prozent gegenüber 1,3 Prozent 2010 und 2,3 Prozent 2007. Bei den Trends bestehen große geographische Unterschiede, da das Lohnwachstum in Industrieländern zweimal einen starken Rückgang verzeichnete, während es während der gesamten Krise in Lateinamerika und der Karibik immer positiv blieb, wenngleich auch auf einem niedrigeren Niveau. In Asien war das Lohnwachstum auch außerhalb Chinas stark, da sich dort die Löhne in zehn Jahren fast verdoppelt haben.⁴ In der entwickelten Welt belief sich das Lohnwachstum von 2000 bis 2011 auf lediglich etwa 5 Prozent, und es stagnierte vermutlich im Jahr 2012.⁵
7. Stagnierende Löhne in Industrieländern betreffen nicht nur diese Länder, sie hemmen auch das globale Wachstum, da sie nur zum Teil durch das Lohnwachstum in Schwellenländern kompensiert werden. Der Lohnanteil am Gesamt-Brutto-Inlandsprodukt (BIP) ist seit einigen Jahrzehnten in 16 Industrieländern, für die Daten zur Verfügung stehen, rückläufig, von etwa 75 Prozent des Volkseinkommens in der Mitte der 1970er Jahre auf etwa 65 Prozent in den Jahren unmittelbar vor Ausbruch der globalen Krise. Der durchschnittliche Lohnanteil nahm auch in einer Gruppe von 16 Entwicklungs- und Schwellenländern ab, von etwa 62 Prozent des BIP in den frühen 1990er Jahren auf 58 Prozent unmittelbar vor der Krise. Selbst in China, wo Löhne stark gewachsen sind, wuchs das BIP schneller als die gesamte Lohnsumme, was bedeutet, dass der Arbeitsanteil am Volkseinkommen zurückgegangen ist.
8. In einer großen Mehrheit der Industrieländer wuchsen die Einkommen der reichsten 10 Prozent rascher als die der ärmsten 10 Prozent, was die Einkommensungleichheit vertieft hat. Die zunehmende Einkommensungleichheit der Haushalte geht vor allem auf Ver-

³ IAA und Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP): *Rethinking Economic Growth: Towards Productive and Inclusive Arab Societies*, Beirut, 2012. Schätzungen der IAO und des UNDP gehen davon aus, dass sich die Jugendarbeitslosigkeit in der arabischen Region auf 23,2 Prozent beläuft – weltweit die höchste Rate.

⁴ IAA: *Global Wage Report 2012/13: Wages and equitable growth*, Genf, 2013.

⁵ Die Angabe für 2012 ist eine vorläufige Schätzung mit Hilfe vierteljährlicher Daten (aus der Datenbank der IAO über globale Löhne) für 30 entwickelte Länder, für die Daten zur Verfügung stehen.

änderungen bei der Verteilung der Löhne und Gehälter zurück, auf die 75 Prozent des Haushaltseinkommens von Erwachsenen im erwerbsfähigen Alter entfallen.⁶ Die Verlagerung zu einem höheren Anteil der Gewinne hat die Ungleichheit ebenfalls verstärkt, da das Einkommen aus Kapital ungleicher verteilt ist als das aus Löhnen. Die Auswirkungen der Finanzkrise haben diese Trends zunächst unterbrochen, da das Einkommen aus Kapital fiel, inzwischen hat sich jedoch die frühere Struktur zurückgebildet. Einkommenssteuern und Bargeldtransfers sind bei der Verringerung eines hohen Niveaus von Ungleichheit beim Markteinkommen in der Hälfte der Länder der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung weniger erfolgreich, vor allem seit Ende der 1990er und Anfang der 2000er Jahre.

II. Stützung des Wachstums in Schwellen- und Entwicklungsländern⁷

9. Schwellen- und Entwicklungsländer waren als Gruppe in der Lage, ihr Wachstum trotz des Abschwungs bzw. der Rezession in einer Reihe von entwickelten Wirtschaften aufrechtzuerhalten. Das wirtschaftliche Gewicht der Schwellen- und Entwicklungsländer nähert sich dem der entwickelten Wirtschaften. Ihr Wachstum ist inzwischen weniger von Handels- und Investitionsbeziehungen mit entwickelten Ländern abhängig, da Einkommen und der Konsum von Haushalten gestiegen sind. Dennoch sind die wirtschaftlichen Aussichten der beiden Gruppen weiterhin eng verbunden. Die Aufrechterhaltung des Wachstums wird jedoch vermutlich schwierig sein und es besteht die Gefahr, dass das fortgesetzt schwache Wachstum in den entwickelten Ländern sich nachteilig auf den strukturellen Wandel in den Entwicklungsländern auswirkt.
10. *Afrika* hat während der gesamten Krise eine starke wirtschaftliche Leistung gezeigt und ein jährliches Wachstum von etwa 5 Prozent oder mehr aufrechterhalten. Afrika südlich der Sahara ist stetig gewachsen, während eine Reihe nordafrikanischer Länder durch Zeiten politischen Wandels wirtschaftliche Rückschläge erlitten. Das Wachstum in Afrika ist weiterhin stark von dem Einkommen abhängig, das durch die Ausfuhr von Rohstoffen erzielt wird, insbesondere von Mineralien, Öl und Gas.
11. Die Beschäftigungsbilanz ist in Afrika weniger ermutigend. Die Wachstumsrate der Bevölkerung in erwerbsfähigen Alter liegt in Afrika südlich der Sahara mit 2,7 Prozent sehr hoch; gleiches gilt für den Anteil junger Menschen an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter. Eine Erwerbsbeteiligung von 70 Prozent trägt der Tatsache Rechnung, dass die meisten arbeitenden Frauen und Männer über keine alternativen Überlebensmöglichkeiten verfügen, da es keine adäquaten Systeme des sozialen Schutzes gibt. Die Herausforderung besteht darin, die Arbeitsproduktivität, die Arbeitsbedingungen und die Erlöse und Vorteile, die Menschen aus ihrer Arbeit gewinnen, zu verbessern. Auf die Landwirtschaft entfallen noch immer 62 Prozent der Beschäftigung, und die Verlagerung zu Sektoren mit höherer Produktivität verläuft relativ langsam. Die Erwerbsarmut auf dem Niveau von 2 US-Dollar am Tag ist etwa auf 64 Prozent der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter gefallen, die absoluten Zahlen nehmen jedoch weiter zu und die Anzahl wird 2012 200 Millionen überschreiten. Der Anteil der auf eigene Rechnung tätigen und mithelfenden Familienarbeitskräfte an der Gesamtbeschäftigung, ein Indikator für große informelle länd-

⁶ OECD: *Divided We Stand: Why Inequality Keeps Rising*, Paris, 2011.

⁷ Dieser Abschnitt beruht auf den Veröffentlichungen *Global Employment Trends 2013* und *Global Wage Report 2012/13* des IAA sowie *World Economic Situation and Prospects 2013* (New York, 2013) der Vereinten Nationen und den Berichten des Internationalen Währungsfonds *Regional Economic Outlook* (Washington, 2012).

liche und städtische Wirtschaften, liegt mit 67 Prozent ebenfalls sehr hoch und geht nur langsam zurück. Ein großes Problem sind die immer noch vorhandenen großen geschlechtsspezifischen Ungleichheiten bei Beschäftigung und Einkommen. In Ländern wie Ägypten und Algerien ist die Arbeitslosigkeit der Frauen mindestens doppelt so hoch wie die der Männer. Ein weiteres Problem ist die hohe Jugendarbeitslosigkeit in verschiedenen Ländern.

12. Bodenschätze sind in fast der Hälfte der 45 Länder in Afrika südlich der Sahara ein wichtiger Exportfaktor und das dadurch erzielte Einkommen leistet einen wichtigen Beitrag zum nationalen Haushalt. Aufgrund jüngster Rohstoffunde wird damit gerechnet, dass schon bald einige weitere Länder in den Kreis der großen Rohstoffexporteure aufgenommen werden. In den Jahren 2000 bis 2012 war das Wirtschaftswachstum der Rohstoffexporteure zwar höher als das anderer Länder Afrikas südlich der Sahara, die sozialen Indikatoren haben sich jedoch nicht sichtbar schneller verbessert. Die Volatilität der Rohstoffpreise und Ausfuhrvolumen hat das Wachstum ebenfalls beeinflusst. Die Verwaltung der Einkommen aus Rohstoffausfuhren, um dieses in soziale Entwicklung zu investieren und die Wirtschaft zu diversifizieren, sowie die Einrichtung von Puffern, um die Auswirkungen von Schwankungen bei Rohstoffausfuhren abzumildern, sind zwei große Herausforderungen, mit denen viele afrikanische Länder konfrontiert sind.
13. 2012 haben sich die wirtschaftlichen Bedingungen in *Lateinamerika und der Karibik* abgeschwächt, da die fragile Konjunkturerholung in der entwickelten Welt und der Einbruch in China Auswirkungen auf die Ausfuhren der Region hatten. Das BIP-Wachstum schwächte sich 2012 auf etwa 3 Prozent ab, gegenüber 4 Prozent im Jahr 2011 und 6 Prozent im Jahr 2010; angeführt wurde dieser Trend von Brasilien und Argentinien. Im größten Teil der Region beruhte das Wachstum jedoch weiterhin auf einer starken Inlandsnachfrage. Mit dem in Brasilien für 2013 prognostizierten Aufschwung sollte sich im nächsten Jahr eine Rückkehr zu stärkerem Wachstum vollziehen.
14. Trotz der Verlangsamung 2012 haben die Beschäftigungsquoten, Reallöhne und Erwerbsquoten von Frauen weiter zugenommen. Die städtische Arbeitslosigkeit hat in der Region als Ganzes 2012 einen historischen Tiefstand von 6,4 Prozent erreicht. Die informelle Beschäftigung und die Erwerbsarmut gingen zurück und der Anteil der Arbeitnehmer an der Gesamtbeschäftigung nahm zu – alles Indikatoren für die strukturellen Veränderungen, die auf eine nachhaltige Entwicklung hindeuten. In einigen Ländern gingen höhere Mindestlöhne und eine Ausweitung des sozialen Schutzes mit steigender Produktivität einher, was zu einer Verkleinerung großer sozialer Lücken führte. Verbesserte Beschäftigungsbedingungen stärkten den privaten Verbrauch, der in den letzten Jahren einer der wichtigsten Triebkräfte des BIP-Wachstums gewesen ist.
15. Das Wachstum auch in der Zukunft aufrechtzuerhalten kann sich als schwierig erweisen, wenn sich die Exportnachfrage abschwächt und die Volatilität der Kapitalmärkte Wechselkurse beeinflusst. Außerdem wird die Region ihr Produktivitätswachstum beschleunigen müssen, was höhere Investitionen erfordert, um rascher die Beschäftigung von der landwirtschaftlichen und informellen Beschäftigung zu Fertigung und Dienstleistungen mit höherer Wertschöpfung zu verlagern und die Produktivität im Landwirtschaftssektor zu erhöhen.
16. Die verhaltene Nachfrage in entwickelten Ländern und das geringere Wachstum in China haben das Wirtschaftswachstum in *Ost- und Südostasien* im letzten Jahr belastet. Während Investitionen und Ausfuhren zurückgingen, wuchs der Konsum von Haushalten in den meisten Ländern weiterhin kräftig, gestützt auf stabile Arbeitsmärkte, höhere Löhne und abnehmende Inflation. Die Arbeitslosigkeit ist in einigen der ausfuhrabhängigen Wirtschaften im Verlauf des Jahres 2012 jedoch leicht angestiegen. Die meisten neuen Arbeits-

plätze entstanden im Dienstleistungssektor, wo informelle Beschäftigung weit verbreitet und die Produktivität niedriger ist als im Fertigungssektor.

17. Die Lohntendenzen in Ost- und Südostasien stehen im scharfen Gegensatz zu denen vieler anderer Regionen, da die Löhne deutlich stärker wachsen, wofür insbesondere China verantwortlich ist. Doch auch Indonesien, Thailand, Vietnam und Kambodscha verzeichneten in den letzten Jahren ein starkes Lohnwachstum.
18. In *Südasi*en haben eine schwächere Exportnachfrage, Inflation und Einschränkungen in den Bereichen Transport und Energie den Konsum und Investitionen gehemmt und zur Vergrößerung von Haushaltsdefiziten beigetragen. Die Wirtschaft Indiens, auf die fast drei Viertel des BIP der Region entfallen, hat in den letzten zwei Jahren Dynamik eingebüßt. Nach Angaben des indischen Arbeitsministeriums hat sich das Beschäftigungswachstum im Fertigungssektor des Landes 2011-12 weiter verlangsamt, wenngleich weniger rasch, während die Beschäftigung in indischen Exportfirmen weiter zugenommen, außerhalb des Exportsektors jedoch abgenommen hat. Die offene Arbeitslosigkeit ist in der Region zwar niedrig, der Arbeitsmarkt weist jedoch tiefverwurzelte strukturelle Probleme auf, z. B. die Dominanz von Tätigkeiten mit niedriger Produktivität im großen informellen Sektor und der ländlichen Wirtschaft, ein hoher Anteil erwerbstätiger Armer, geringe Erwerbsquoten von Frauen und hohe Jugendarbeitslosigkeit.
19. Die Wirtschaften der *arabischen Länder* des Nahen Ostens und Nordafrikas litten unter den Turbulenzen im Zusammenhang mit politischen Umwälzungen. Das Wachstum brach 2011 ein, erholte sich jedoch 2012, vor allem in ölproduzierenden Ländern. Die Arbeitslosigkeit ist weiterhin hoch, insbesondere unter jungen Frauen und jungen Männern. Die Erwerbsquoten von Frauen sind niedrig.⁸
20. Für die Nahostländer des Golfkooperationsrates (GCC) ist es besonders schwierig, für die örtliche Bevölkerung ausreichend Beschäftigungschancen zu schaffen. Beschäftigungsmöglichkeiten im privaten Sektor außerhalb des effizienten und sehr kapitalintensiven energieerzeugenden Sektors sind rar. Hinzu kommt, dass im privaten Sektor vorhandene Arbeitsplätze oft von ausländischen Arbeitnehmern besetzt werden, da einheimische Arbeitskräfte nicht bereit sind, zu üblichen Löhnen in bestimmten Sektoren zu arbeiten oder aufgrund einer unzureichenden Qualifizierung nicht über die Voraussetzungen verfügen, um sich erfolgreich für hochqualifizierte Tätigkeiten zu bewerben. Einige Unternehmen des privaten Sektors ziehen es offenbar aufgrund der Lohnunterschiede und anderer Umstände vor, ausländische Arbeitnehmer einzustellen.
21. Nordafrika steht ebenfalls vor großen Herausforderungen bei der Schaffung ausreichender Chancen für menschenwürdige Arbeit, vor allem für Frauen und junge Menschen. Erwerbsarmut auf dem Niveau von 2 Dollar am Tag ist immer noch weitverbreitet, da sich 2012 noch 19,7 Prozent der arbeitenden Frauen und Männer mit ihren Familien unter diesem Grenzwert befanden. Auf die auf eigene Rechnung tätigen und mithelfenden Familienarbeitskräfte entfielen 2012 41,4 Prozent, was auf einen hohen Anteil an Arbeitnehmern in informellen Arbeitsverhältnissen ohne adäquaten sozialen Schutz schließen lässt. Über die Hälfte der weiblichen Arbeitskräfte befinden sich in diesen Kategorien der „schutzbedürftigen“ Beschäftigung (61,2 Prozent).

⁸ IAA und UNDP: a.a.O.

III. Herausforderungen für die Koordination von Grundsatzpolitik in einer interdependenten globalen Wirtschaft

22. Die im Bericht an die Arbeitsgruppe im November 2012⁹ beschriebenen Aussichten für Wirtschaft und Beschäftigung haben sich nicht wesentlich verändert. Die meisten Länder stehen vor bedeutenden wenngleich unterschiedlichen Herausforderungen im Bereich der Beschäftigung. Die zunehmende Interdependenz macht deutlich, wie wichtig koordinierte, aber auch differenzierte Maßnahmen sind, um die Gefahr einer Zeit einer längeren langsamen globalen Wachstums in eine Erholungsphase und nachhaltiges Wachstum zu überführen. Möglichkeiten zur Einleitung solcher Maßnahmen stehen durch verschiedene internationale Gremien zur Verfügung.
23. Die Russische Föderation hat angekündigt, das Kernziel ihrer Präsidentschaft der G20 im Jahr 2013 bestehe darin, weitere Maßnahmen zur Förderung von nachhaltigem, inklusivem und ausgewogenem Wachstum und zur Schaffung von Arbeitsplätzen weltweit zu entwickeln.¹⁰ Sie beabsichtigt, die Agenda der G20 auf der Grundlage von drei übergeordneten Prioritäten zu organisieren, deren Ziel es ist, einen neuen Zyklus des Wirtschaftswachstums einzuleiten, namentlich:
- Wachstum durch qualitativ gute Arbeitsplätze und Investitionen;
 - Wachstum durch Vertrauen und Transparenz;
 - Wachstum durch effektive Regelungen.
24. Die Russische Föderation wird am 18. und 19. Juli 2013 in Moskau ein Treffen der G20-Minister für Arbeit und Beschäftigung ausrichten, an das sich eine gemeinsame Sitzung mit den Finanzministern anschließen wird. Der Beschluss, eine gemeinsame Sitzung der Minister für Arbeit, Beschäftigung und Finanzen auszurichten, trägt der Notwendigkeit Rechnung, Maßnahmen zu koordinieren, um negative Tendenzen bei Bedingungen im Bereich der Makroökonomie und der Arbeitsmärkte umzukehren.
25. Die Russische Föderation führt das Engagement der französischen und mexikanischen G20-Präsidentschaften mit den Business-20 (B20), Labour-20 (L20) und anderen nicht-staatlichen Gruppen fort, auch durch Konsultationen mit den B20 und L20 und das Internationale Wirtschaftsforum St. Petersburg, das vom 20. bis 22. Juni 2013 stattfinden soll. Der Gipfel der G20-Führer wird am 5. und 6. September in St. Petersburg stattfinden. Wie in früheren Jahren wird das Amt gemeinsam mit anderen internationalen Organisationen die Präsidentschaft unterstützen.
26. Die von der Präsidentschaft der G20 den Themen Wachstum und Beschäftigung eingeräumte Priorität ist eine willkommene Anerkennung der Tatsache, dass die rasche Inangasetzung einer beschäftigungsintensiven Erholung dringend erforderlich ist.
27. Im Verlauf des Jahres 2013 wird die Herausforderung, koordinierte Bemühungen zur Behebung der Konjunktur zu organisieren, auch Schwerpunkt verschiedener regionaler und globaler zwischenstaatlicher Treffen sein. Dabei handelt es sich z. B. um die Treffen des Wirtschafts- und Sozialrates der Vereinten Nationen, des Internationalen Währungsfonds (IWF), der Weltbank, der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich und des Rates für

⁹ GB.316/WP/SDG/1.

¹⁰ Siehe http://www.g20.org/docs/g20_russia/priorities.html.

Finanzstabilität, der OECD, der Europäischen Union, der Afrikanischen Union, ASEAN und des Gemeinsamen Marktes des Südens (MERCOSUR). Unterschiedliche Auffassungen über die Finanz-, Haushalts- und Währungspolitik stehen einer Einigung über eine grundsatzpolitische Koordination jedoch im Wege.

28. Die Reform der internationalen Regulierung der Finanzmärkte macht nur langsame Fortschritte, was zu der Sorge geführt hat, dass das System als Ganzes noch immer anfällig ist. Außerdem haben viele Banken offenbar nicht ausreichende Reserven gebildet und sie zögern, große Portfolios schlechter Schulden umzustrukturieren. Die Nachwirkungen der Finanzkrise lasten noch immer schwer auf der Realwirtschaft, vor allem in den entwickelten Ländern. Erneute Bemühungen mit dem Ziel, die Reform abzuschließen und den Sektor für Finanzdienstleistungen wiederherzustellen, sollten 2013 ein wichtiger Teil der Bemühungen um eine Belebung der Konjunktur sein und insbesondere sicherstellen, dass Investitionen in produktive Unternehmen und Infrastruktur Vorrang genießen.
29. In vielen Ländern ist die Fiskalpolitik ein schwieriger Balanceakt zwischen der Notwendigkeit einerseits, Defizite zuzulassen, um einen kriselnden Privatsektor und grundlegende öffentliche Dienste und Infrastrukturinvestitionen zu stützen, und andererseits der Gefahr, dass eine zu große Schuldenlast nicht mehr tragbar ist. Die Erfahrung zeigt, dass der Abbau öffentlicher Defizite nur mit Wachstum im Verlauf vieler Jahre möglich ist.¹¹ Eine abrupte Haushaltskonsolidierung in einer Zeit geringen Wachstums oder einer Rezession kann die Schuldenlast erhöhen und ein Teufelskreis aus wachsender Arbeitslosigkeit, fallenden Lohneinkommen und weiter abnehmenden Steuereinkommen in Gang setzen.
30. Die meisten entwickelnden Länder bemühen sich darum sicherzustellen, dass die Mischung der Steuer- und Ausgabenpolitik die Erholung stützt, während sie einen mittelfristigen Abbau der Schulden planen, die seit Beginn der Krise deutlich angestiegen sind. Einige Entwicklungsländer befinden sich in einer ähnlichen Position, wenngleich andere über mehr Spielraum für höhere Ausgaben verfügen. Ein wichtiges Diskussionsthema ist die Koordination zwischen Ländern, um sicherzustellen, dass das Tempo der Haushaltskonsolidierung so ausbalanciert wird, dass eine weitere Schwächung vermieden wird, bevor die Erholung gesichert ist.¹² Sehr unterschiedliche Auffassungen hinsichtlich der Frage, wie staatliche Defizite und Schulden das Wachstum beeinflussen, machen eine Einigung jedoch sehr schwierig.
31. Verschiedene Währungsbehörden haben erklärt, sie würden so lange die offiziellen Zinssätze sehr niedrig halten und eine Politik der quantitativen Lockerung verfolgen, bis sich das Wachstum und die Beschäftigung erholen.¹³ Eine Reihe von Schwellen- und Entwicklungsländern sind jedoch besorgt über die destabilisierende Wirkung von Kapitalströmen in und aus ihren Währungen, die durch günstige Kredite in Ländern mit hohem Einkommen ermöglicht werden. Daher haben einige Entwicklungsländer interveniert, um einen übermäßigen Anstieg der Wechselkurse ihrer Währungen zu verhindern.
32. Ein weiterer Bereich der politischen Diskussion betrifft die sogenannten „strukturellen Reformen“, die vielfältige Maßnahmen mit dem Ziel umfassen, die Effizienz zu verbes-

¹¹ IWF: *World Economic Outlook: Coping with High Debt and Sluggish Growth*, Washington, Okt. 2012, Kap. 3.

¹² Forschungsarbeiten des IWF lassen den Schluss zu, dass ein Faktor, der eine unerwartet stärkere Rezession auslöst, eine gleichzeitige Haushaltskonsolidierung in zahlreichen Ländern war, a.a.O., Kap. 1.

¹³ Siehe beispielsweise die Pressemitteilung von Ben Bernanke, Vorsitzender der US-Notenbank vom 12. Dez. 2012, unter: <http://www.federalreserve.gov/mediacenter/files/FOMCpresconf20121212.pdf>.

sern, mit denen Produkt- und Arbeitsmärkte funktionieren, um so das potentielle Wachstum zu erhöhen. Der Inhalt dieser Reformen fällt sehr unterschiedlich aus, und gleiches gilt für die Ansichten über ihre Wirksamkeit bei der Förderung von Wachstum auf kurze oder lange Sicht.

33. Seit dem G20-Gipfel von Pittsburgh im Jahr 2009 bestand eine wichtige Dimension der Bemühungen um eine Belebung der Konjunktur darin, Ländern mit einem Zahlungsbilanzüberschuss nahezulegen, die Binnennachfrage anzukurbeln und so die globale Wirtschaft zu stimulieren und Spannungen über Handel abzubauen. Die globalen Ungleichgewichte haben sich etwas verringert, jedoch hauptsächlich durch eine schwächere Nachfrage in Defizitländern.

IV. Die Rolle der Beschäftigungs- und Sozialpolitik bei der Koordination einer globalen Erholung

34. Eine Fokussierung auf politische Maßnahmen zur Förderung von Beschäftigung und Einkommen in Entwicklungs- wie Industrieländern könnte die gegenwärtig negativen Rückkoppelungseffekte in positive Wachstumseffekte verwandeln und einen Beitrag zur Erholung leisten. In diesem Zusammenhang bietet die Agenda für menschenwürdige Arbeit, die in einer Reihe regionaler und nationaler grundsatzpolitischer Foren starke dreigliedrige Unterstützung gefunden hat, einen Rahmen für vielfältige Maßnahmen, die von Ländern in unterschiedlichen Situationen angewandt werden können.
35. Viele Entwicklungsländer stehen vor der andauernden Herausforderung, die Beschäftigung mit vorwiegend niedriger Produktivität in der Landwirtschaft und in informellen Dienstleistungen in eine höhergradige Beschäftigung in den produktiveren Industrie- und Dienstleistungstätigkeiten umzuwandeln und gleichzeitig die Nahrungsmittelproduktion zu erhöhen. Solche Transformationen erfordern Investitionen in die physische Infrastruktur und in die Gesundheit und Qualifikationen der Arbeitskräfte. Ein Schlüsselement für umweltverträgliches nachhaltiges Wachstum sind Infrastrukturen und Arbeitnehmerqualifikationen, die einen Beitrag zum Schutz natürlicher Ressourcen leisten.
36. Die Empfehlung (Nr. 202) betreffend den sozialen Basisschutz, 2012, ist für eine Reihe von Ländern besonders nützlich, die erwägen, in die Stärkung von Kinderbeihilfen, Alterspensionen, grundlegenden Gesundheitsversorgungssystemen und einer arbeitsintensiven Infrastruktur zu investieren. Sie wird auch als eine wichtige Stütze der Veränderungen gesehen, die für eine Ökologisierung der Wirtschaft und Beschäftigung erforderlich sind.
37. Eine Fokussierung auf das direkte und indirekte Potential von Infrastrukturinvestitionen für die Schaffung von Arbeitsplätzen kann die entwicklungspolitischen Auswirkungen großer und kleiner Projekte erhöhen. *Beschäftigungsintensive Infrastrukturprogramme* sind die für am wenigsten entwickelten Länder besonders wichtig.
38. Ähnlich bedeutend ist eine fortgesetzte Betonung von *Bildung und Ausbildung*, um das Angebot an qualifizierten Arbeitskräften zu erhöhen und den Bedürfnissen von Arbeitgebern in wertschöpfungsstärkeren Industrien und Dienstleistungen Rechnung zu tragen.
39. Wenn mehr Frauen und Männer in der Lage sind, Chancen für menschenwürdige Arbeit wahrzunehmen, steigt das Konsumniveau und die Produktion und Investitionen werden stimuliert, was wiederum die Produktivität verbessert. Liegt das Produktivitätswachstum jedoch deutlich höher als das Lohnwachstum, wird das Wachstum des Konsums von Haushalten gehemmt und das Wirtschaftswachstum verlangsamt, vor allem wenn die Exportnachfrage schwach ist. Eine Reihe von Entwicklungsländern haben in den letzten Jahren besonderes Gewicht auf die Erhöhung der Löhne und die Festlegung von *Mindestlohn*-

systemen und Basisniveaus für Sozialschutz gelegt, die mithelfen, einen Pfad zu einer inklusiveren und sich selbst tragenden Entwicklung einzuschlagen.

40. Zu den Prioritäten in den entwickelten Ländern gehören die Bekämpfung der hohen Jugendarbeitslosigkeit und der Langzeitarbeitslosigkeit, die verstärkte Erwerbsbeteiligung von Frauen, Qualifizierung, Schwerpunktunterstützung für schutzbedürftige Gruppen und passgenauere Stellenbesetzungen. Möglichkeiten zur Einrichtung oder Ausweitung von Lehrlingsausbildungssystemen sind in vielen Ländern auf Interesse gestoßen. Verbesserte Kinderbetreuungsvorkehrungen schaffen Beschäftigungschancen und erhöhen die Erwerbsquoten von Frauen. Systeme des sozialen Schutzes sind in Ländern mit hohem Einkommen zwar umfassender, eine weitere Stärkung könnte ihre automatischen antizyklischen Effekte jedoch stärken. Infrastrukturinvestitionen und die Unterstützung von Klein- und Mittelbetrieben sind wichtige Instrumente, um die Nachfrage nach Arbeit zu erhöhen und so die Arbeitslosigkeit zu verringern.

V. Maßnahmen der IAO zur Förderung von Wachstum, menschenwürdiger und produktiver Beschäftigung und sozialer Teilhabe

41. Nach der Diskussion über globale Wirtschaftsaussichten und die Agenda für menschenwürdige Arbeit auf der Tagung der Arbeitsgruppe für die soziale Dimension der Globalisierung im November 2012 gab der Vorstand des Verwaltungsrats eine Erklärung¹⁴ ab, in der hingewiesen wurde

- darauf, dass sozialer Dialog bei der Suche nach einem Konsens in Bezug auf zahlreiche grundsatzpolitische Lösungen ein entscheidendes Werkzeug ist. Die IAO muss dem sozialen Dialog als Teil ihrer Krisenantwort auf allen Ebenen Priorität einräumen;
- darauf, dass die Achtung grundlegender Prinzipien und Rechte bei der Arbeit für die menschliche Würde von zentraler Bedeutung ist. Sie ist auch ein Grundstein für die wirtschaftliche Erholung und Entwicklung;
- auf die Bedeutung der Erklärung der IAO über soziale Gerechtigkeit für eine faire Globalisierung (2008) und des Globalen Beschäftigungspaktes der IAO (2009) bei der Verwirklichung einer nachhaltigen Erholung und von Wachstum; und
- auf die grundlegende Art des Mandats und der Mitwirkung der IAO am G20-Gipfel und der Arbeitsminister an den G20- und anderen einschlägigen internationalen Prozessen.

42. Das Amt ersucht den Generaldirektor,

- die anstehenden offiziellen Tagungen der IAO, darunter die Neunte Europäische Regionaltagung, die 317. Tagung des Verwaltungsrats und die 102. Tagung der Internationalen Arbeitskonferenz bestmöglich zu nutzen, indem die Mitgliedsgruppen der IAO die Krise erörtern, koordiniertes Handeln fördern und Lösungen vorantreiben;
- sich auf jede erdenkliche Weise zu bemühen, die Beschäftigung und grundlegende Prinzipien und Rechte bei der Arbeit ins Zentrum der Entwicklungsagenda zu rücken,

¹⁴ Die Erklärung befindet sich unter: http://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---ed_norm/---relconf/documents/meetingdocument/wcms_193344.pdf.

im Kontext der in relevanten Foren zu treffenden Beschlüsse, die zur Annahme eines Ziels und einer Zielvorgabe zu produktiver Vollbeschäftigung und menschenwürdiger Arbeit als Teil der Agenda für nachhaltige Entwicklung nach 2015 führen sollten;

- gemeinsame Bemühungen des Verwaltungsrats und des Amtes um die Förderung von Politikkohärenz zwischen allen einschlägigen internationalen und regionalen Organisationen zu intensivieren, um Wachstum, menschenwürdige und produktive Beschäftigung und soziale Einbindung zu fördern.
43. Im November 2012 hat der jährliche Zyklus von Tagungen in verschiedenen internationalen Organisationen und Gruppierungen erneut begonnen. Der Generaldirektor hat auf die dringliche Notwendigkeit eines koordinierten Handelns im Bereich der Beschäftigung hingewiesen, als er auf Konferenzen mit verschiedenen wichtigen Akteuren in einschlägigen internationalen und regionalen Organisationen Gespräche führte, z. B. mit dem Geschäftsführenden Direktor des IWF, dem Präsidenten der Weltbank, den Präsidenten der Asiatischen und Afrikanischen Entwicklungsbanken und Europäischen Kommissaren sowie mit einer Reihe von Staats- und Regierungschefs. Er sprach über diese Fragen auch bei Podiumsdiskussionen und Medienereignissen sowie bei bilateralen Begegnungen auf dem Jahrestreffen 2013 des Weltwirtschaftsforums in Davos.
 44. Das Amt ist in der Lage, sich an einer Reihe bedeutender internationaler Prozesse zu beteiligen, z. B. auf Ebene der G20, der Vereinten Nationen und der Europäischen Union. Dies hat die Möglichkeit eröffnet, die Bedeutung kohärenter nationaler, regionaler und internationaler Maßnahmen zu Förderung von Wachstum, menschenwürdiger und produktiver Beschäftigung und sozialer Einbindung zu betonen.
 45. Wie bereits erwähnt, hat die Präsidentschaft der Russischen Föderation der G20 drei übergeordnete Prioritäten ermittelt, namentlich Wachstum durch qualitativ gute Arbeitsplätze und Investitionen, Wachstum durch Vertrauen und Transparenz und Wachstum durch effektive Regelungen.
 46. Die IAO wird sich aktiv für die G20 engagieren, um Wachstum, menschenwürdige und produktive Beschäftigung und soziale Einbindung zu fördern. Wie schon erwähnt, ist eine Innovation des G20-Prozesses im Vorfeld des Gipfels von St. Petersburg am 5. und 6. September 2012 ein gemeinsames Treffen der Minister für Arbeit und Beschäftigung mit den Finanzministern am 19. Juli. Die Minister für Arbeit und Beschäftigung treffen am 18. und 19. Juli nach Konsultationen mit den Sozialpartnern (G20 und L20) zusammen. Eine aus leitenden Bediensteten zusammengesetzte Arbeitsgruppe für Beschäftigungsfragen wird die Treffen vorbereiten und auch die Sozialpartner konsultieren. Ihre erste Tagung wird in Moskau am 20. und 21. Februar 2013 mit Beteiligung der IAO stattfinden.
 47. Das Treffen der G20-Finanzminister und der Notenbankgouverneure fand am 15. und 16. Februar 2013 in Moskau statt. Die Minister und Gouverneure sahen zwar Zeichen einer Besserung, sie erklärten jedoch, „dass weiterhin große Risiken bestehen und das globale Wachstum noch immer zu schwach ist, während die Arbeitslosigkeit in vielen Ländern noch immer unannehmbar hoch ist.“ Sie waren sich über Folgendes einig: „Zur Bekämpfung der Schwäche der globalen Wirtschaft sind ehrgeizige Reformen und koordinierte Maßnahmen entscheidend, um starkes, dauerhaftes und ausgewogenes Wachstum zu erzielen und das Vertrauen wiederherzustellen.“¹⁵

¹⁵ Communiqué des Treffens der Finanzminister und Notenbankgouverneure, Moskau, 15.-16. Febr. 2013, unter http://www.g20.org/events_financial_track/20130215/780960861.html.

48. Das Amt arbeitet mit der russischen Präsidentschaft und anderen internationalen Organisationen zusammen, um den Gipfel und das Ministertreffen vorzubereiten. Die Sozialpartner der G20 werden auch Gelegenheit haben, sich durch das Internationale Wirtschaftsforum St. Petersburg, das vom 20. bis 22. Juni 2013 veranstaltet wird, am Vorbereitungsprozess zu beteiligen.
49. Der Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen ist das wichtigste zwischenstaatliche Gremium der Vereinten Nationen für Politikkohärenz. Auf seiner jährlichen Arbeitstagung im Juli 2013 in Genf wird folgender Punkt auf seiner Tagesordnung stehen: „Förderung von Produktionskapazität, Beschäftigung und menschenwürdiger Arbeit zur Beseitigung von Armut im Kontext von inklusivem, nachhaltigem und ausgewogenem wirtschaftlichen Wachstum auf allen Ebenen zur Verwirklichung der Millenniums-Entwicklungsziele.“ Das Amt arbeitet eng mit dem Sekretariat der Vereinten Nationen und dem Vorstand des Rates zusammen, um diesen Gegenstand vorzubereiten.¹⁶
50. Die Kommission der Vereinten Nationen für Soziale Entwicklung traf vom 6. bis 15. Februar 2013 zusammen und erörterte als vorrangiges Thema „Förderung der Befähigung von Menschen zur Eigenständigkeit bei der Beseitigung von Armut, sozialer Integration und Vollbeschäftigung und menschenwürdiger Arbeit für alle.“ Im Hintergrundpapier¹⁷ und der Diskussion wurde u.a. betont, dass
- die Schaffung von Vollbeschäftigung und menschenwürdiger Arbeit für alle im Zentrum eines politischen Rahmens für die Beseitigung von Armut und soziale Integration stehen sollte;
 - ein universeller Zugang zu grundlegendem sozialem Schutz und sozialen Diensten ein wichtiges Instrument ist, um Menschen zur Eigenständigkeit zu befähigen, und die Regierungen in diesem Zusammenhang erwägen sollten, einen innerstaatlichen sozialen Basisschutz als wirksames Bollwerk gegen Armut und Ungleichheit einzurichten, im Einklang mit innerstaatlichen Prioritäten und Umständen; und
 - der Zugang zu Justiz und Rechtsinstrumenten von grundlegender Bedeutung ist, um Armut zu verringern und die Befähigung zu Eigenständigkeit zu fördern. Regierungen sollten die rechtliche Selbstkompetenz Bedürftiger fördern, indem sie Eigentumsrechte, die Bedürftigen zugutekommen, und Schutzmaßnahmen im Bereich der Arbeit gewährleisten.
51. Zur Weiterverfolgung der Treffen des Generaldirektors mit dem Präsidenten der Weltbank traf ein von der Stellvertretenden Generaldirektorin Sandra Polaski geführtes hochrangiges Team der IAO mit einigen der Vizepräsidenten der Bank zusammen, um einen gemeinsamen Arbeitsplan zu gemeinsamen Prioritäten zu entwickeln. Dies umfasst eine verbesserte Sammlung und Verteilung von Arbeitsmarktdaten, gemeinsame Forschungsarbeiten und Zusammenarbeit und Kooperation auf Landesebene zur Entwicklungsagenda nach 2015. Das Team der IAO traf auch mit dem Stellvertretenden Geschäftsführenden Direktor Min Zhu des IWF zusammen, um die Zusammenarbeit der IAO und des IWF seit der gemeinsamen IAO/IWF-Konferenz über die Herausforderungen des Wachstums, Beschäftigung und sozialen Zusammenhalt in Oslo im September 2012 zu erörtern. Schwerpunkt der Gespräche waren die Möglichkeit von Maßnahmen zur Förderung der Konjunkturerholung sowie weitere gemeinsame Arbeiten in den Bereichen Forschung, sozialer Schutzes und nationaler sozialer Dialog. In Santo Domingo fand am 30. Januar 2013 eine erfolgreiche

¹⁶ Das Dokument GB.317/WP/SDG/1 gibt einen Überblick über die Tätigkeiten in den Vereinten Nationen zur Entwicklungsagenda nach 2015.

¹⁷ Report of the Secretary-General, E/CN.5/2013/3.

IAO/IWF-Konsultationsrunde über beschäftigungsintensives und inklusives Wachstum in der Dominikanischen Republik statt. Die Frühjahrstreffen des IWF und der Weltbank bieten eine Gelegenheit, die mit den internationalen Finanzinstitutionen eingeleiteten Tätigkeiten weiterzuführen.

52. Die Vorbereitungen für die Neunte Europäische Regionaltagung der IAO, die vom 8. bis 11. April 2013 in Oslo stattfinden soll, machen gute Fortschritte und beinhalten die Veranstaltung grundsatzpolitischer Gesprächssitzungen mit hochrangigen Bediensteten internationaler Wirtschaftsorganisationen.
53. Im Hinblick auf das weitere Vorgehen und zur Ergänzung von Beiträgen für den internationalen Zyklus beschlussfassender Konferenzen plant das Amt:
 - weitere komparative Analysen effektiver grundsatzpolitischer Antworten in Bezug auf unterschiedliche nationale wirtschaftliche, beschäftigungs- und arbeitspolitische sowie soziale Herausforderungen durchzuführen;
 - einen Beitrag zu nationalen Grundsatzdebatten über die Finanzierung des sozialen Schutzes zu leisten, einschließlich von versicherungsmathematischen Analysen der langfristigen Auswirkungen von Reformen, die eingeführt wurden, um kurzfristige Ziele der Haushaltskonsolidierung zu erreichen;
 - evidenzbasierte vergleichende Grundsatzanalysen von kurz- und mittelfristigen Politiken, Programmen und anderen Maßnahmen zur Bekämpfung der akuten Jugendbeschäftigungskrise bereitzustellen, unter Einbeziehung der Angebots- und Nachfrageseiten des Arbeitsmarktes, einschließlich von Lehrlingsausbildung, dualen Ausbildungssystemen und des Unternehmertums;
 - die Sozialpartner dabei zu unterstützen, sich an nationalen Grundsatzdebatten über Anpassung und Reform zu beteiligen und Beiträge dazu zu leisten, auch zur Frage der Rolle des sozialen Dialogs bei der Konzeption ausgewogener wirtschaftlicher und sozialpolitischer Antworten; und
 - substanzielle Forschungsarbeiten durchzuführen, die zeigen, von welcher zentralen Bedeutung Maßnahmen im Bereich der Beschäftigung und der Sozialpolitik für die Erzielung von starkem, nachhaltigem und ausgewogenem Wachstum sind.
54. Die Arbeitsgruppe ist gehalten, die gegenwärtigen globalen wirtschafts- und beschäftigungspolitischen Aussichten und den Beitrag zu untersuchen, den die Beschäftigungs- und Sozialpolitik 2013 zu koordinierten Bemühungen für eine Belebung der Konjunktur leisten könnte, und Ratschläge zu zukünftigen Tätigkeiten der IAO in diesem Bereich zu erteilen.